

PRESSEINFORMATION 36/2026

Baden-württembergische Industrie blickt verhaltener auf das Exportgeschäft BWIHK-Vizepräsident Paal: Offene Märkte und verlässliche Rahmenbedingungen sind jetzt wichtiger denn je“

Stuttgart, 28. Mai 2026 – Die Exporterwartungen der baden-württembergischen Industrie haben sich im Frühjahr spürbar eingetrübt. Deutlich mehr Unternehmen als noch zu Jahresbeginn rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit rückläufigen Ausfuhren. So stieg die Quote der Betriebe mit pessimistischen Erwartungen von knapp 20 auf rund 25 Prozent. Gleichzeitig nahm der Anteil der Unternehmen mit positiven Exportaussichten lediglich moderat von 28 auf rund 30 Prozent zu. Insgesamt überwiegen optimistische Einschätzungen damit nur noch leicht. Das zeigt die Sonderauswertung der IHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2026, an der zwischen dem 13. April und 4. Mai rund 1.200 Industriebetriebe aus Baden-Württemberg teilgenommen haben.

„Die Zahlen zeigen klar: Die positive Grundtendenz vom Jahresbeginn hat sich spürbar abgeschwächt. Handelskonflikte, geopolitische Risiken und steigende Kosten sorgen für erhebliche Unsicherheit in den Unternehmen“, sagt Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) und Präsident der im BWIHK für die Außenwirtschaft federführenden IHK Region Stuttgart. „Das globale Umfeld für Baden-Württembergs Industrie wird zunehmend schwieriger. Umso wichtiger ist es, dass die Politik vom Reden ins Machen kommt. Wir brauchen wirtschaftspolitische Impulse, die die Unternehmen entlasten. Und international benötigen wir, wo immer möglich, Planbarkeit und Berechenbarkeit. Handelsabkommen sind heute wichtiger als je zuvor.“

US-Zölle belasten weiter Exportgeschäft

Besonders angespannt bleibt die Lage im USA-Geschäft. Zwar rechnen rund 31 Prozent der Betriebe mit steigenden Exporten in die Vereinigten Staaten, nahezu ebenso viele erwarten jedoch einen Rückgang. Hintergrund sind vor allem anhaltende handelspolitische Unsicherheiten und die weiterhin bestehenden US-Zusatzzölle. „Die Zollpolitik der USA sorgt weiterhin für erhebliche Verunsicherung. Die Unternehmen brauchen Planbarkeit statt kurzfristiger handelspolitischer Richtungswechsel“, so Paal. „Die Diskussion um Zölle zeigt einmal mehr, wie wichtig offene Märkte und internationale Handelsabkommen für unseren Wirtschaftsstandort sind. Der EU-US-Handelsdeal ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“

Keine Entlastung trotz Urteil

Die auf Grundlage des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) eingeführten US-Zölle wurden zwar im Februar 2026 vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten für rechtswidrig erklärt, jedoch unmittelbar durch neue befristete Ersatzzölle ersetzt. Für die baden-württembergische Wirtschaft bleiben die Belastungen damit bestehen. Auf Basis der Südwest-Ausfuhren wird das potenzielle Erstattungsvolumen der aufgehobenen Zölle auf rund 2,35 Milliarden Euro geschätzt – direkte Entlastungen für die Unternehmen im Südwesten ergeben sich daraus jedoch nicht, da mögliche Rückzahlungen hauptsächlich US-Importeuren zugutekommen.

Skepsis auch in den anderen Weltregionen

Auch in anderen Weltregionen blicken die Betriebe zunehmend vorsichtig auf die kommenden Monate. Für die Eurozone erwarten derzeit 26 Prozent steigende Exporte, 23 Prozent rechnen mit einem Rückgang. In Asien hat sich das Bild ebenfalls verschlechtert: Der Anteil pessimistischer Unternehmen stieg dort binnen weniger Monate von knapp 19 auf 23 Prozent. Besonders skeptisch bleibt die Einschätzung für China. Dort rechnen 27 Prozent der Betriebe mit rückläufigen Geschäften, lediglich 25 Prozent erwarten steigende Exporte.

Mercosur-Effekt bislang kaum spürbar

Seit dem 1. Mai wird der handelspolitische Teil des EU-Mercosur-Abkommens vorläufig angewendet. Damit greifen erste Handelserleichterungen, insbesondere der schrittweise Abbau von Zöllen, was die Rahmenbedingungen für das Exportgeschäft in Lateinamerika verbessert. In den aktuellen Erwartungen der baden-württembergischen Industrie spiegelt sich dieses Potenzial bislang jedoch nur begrenzt wider. So rechnen derzeit 21 Prozent der Unternehmen mit einer positiven Entwicklung ihres Exportgeschäfts in Mittel- und Südamerika, während 18 Prozent von rückläufigen Geschäften ausgehen. Insgesamt deutet der geringe Abstand zwischen optimistischen und pessimistischen Einschätzungen auf eine weiterhin verhaltene Exportentwicklung in der Region hin.

Hintergrund:

| Exporternerwartungen | | | | | | |
|---------------------------------------|-----------------------|----------------------------|-----------------------|------------------------|----------------------------|-----------------------|
| | Im Frühjahr | | | Zu Jahresbeginn | | |
| | Zuneh- men | Gleichblei- ben | Abneh- men | Zuneh- men | Gleichblei- ben | Abneh- men |
| Insgesamt | 29,9 % | 45,4 % | 24,7 % | 28,4 % | 52,1 % | 19,5 % |
| Nordamerika | 28,8 % | 46,5 % | 24,7 % | 29,1 % | 41,7 % | 29,3 % |
| davon USA | 30,7 % | 39,7 % | 29,6 % | 29,5 % | 37,3 % | 33,3 % |
| Süd- & Mittel- amerika | 20,7 % | 61,5 % | 17,8 % | 23,8 % | 61,4 % | 14,8 % |
| Eurozone | 26,4 % | 50,4 % | 23,1 % | 24,0 % | 58,1 % | 17,9 % |
| Asien | 27,4 % | 49,3 % | 23,3 % | 29,0 % | 52,6 % | 18,5 % |
| davon China | 24,7 % | 48,7 % | 26,6 % | 22,2 % | 50,1 % | 27,7 % |

Ansprechpartnerin für Medienschaffende:

BWlHK | FF International
Franziska Stavenhagen
IHK Region Stuttgart
Telefon 0711 – 2005 1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWlHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWlHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.